NR. 219 / September 2011 / Fr. 8.– / www.roteanneliese.ch

ROTE ANNELIESE

Die Walliser Stromautobahn

Die Stromindustrie plant eine Stromautobahn durch das Wallis. Gegen das gigantische Bauvorhaben mit grossen Auswirkungen auf das Landschaftsbild wächst langsam aber sicher die Opposition.

SEITE › 6

Ausserdem:

Finanzchef Tornay schenkt der WKB jährlich 10 Millionen

Seite 16

Endlich: Ehemaliger Briger Betreibungsbeamter vor Gericht

Seite 9

Die Hintergründe

Nazivorwurf gegen OS Stalden

SEITE › 3

Baupolizei greift ein

Guttet-Feschel baut ohne Baubewilligung

SEITE › 5

Georg Lukacs

Geschichte und Klassenbewusstsein

SEITE › 12

Die Scheinheiligkeit der Staldner Behörden

«Es kann generell nicht akzeptiert werden, dass Leute an unseren Schulen tätig sind, die sich für Gruppierungen mit extremistischen Tendenzen einsetzen. … Es wäre realitätsfern zu denken, dass eine Lehrperson mit derartigem Gedankengut nicht versuchen würde, die ihr anvertrauten Schülerinnen und Schüler damit zu beeinflussen.»
Diese Zitate sind aus einer Stellungnahme der CVP Oberwallis vom Herbst 2010 zum Fall Abgottspon. Jetzt, nachdem der Fall des Sek-Lehrers unter Naziverdacht an der Schule Stalden ans Licht kommt (Seite 3), stehen die zwei Sätze des CVP-Communiqués vor allem für eins: Sie entlarven die Doppelzüngigkeit und Scheinheiligkeit der Oberwalliser Konservativen.

Im Herbst 2010, als die Affäre um den Staldner Lehrer Valentin Abgottspon eskalierte, wurden die Schulbehörden von Stalden gewarnt: Einer ihrer Lehrer verkehre in der rechtsextremen Szene. Die Reaktion: Man beschwichtigt, wiegelt ab und gibt sich mit einer fadenscheinigen Erklärung zufrieden. Dieses Verhalten zeigt: Gegenüber gewissen Leuten sind die Schulbehörden im Vispertal unnachgiebig. Kritische Fragen werden nicht goutiert, die Bundesverfassung ausser Kraft gesetzt und die Person per fristlose Kündigung auf die Strasse gestellt. Gerät ein Lehrer allerdings unter Naziverdacht, drückt man ein Auge zu. Und: Nach der blamablen Rolle von Staldens Gemeindepräsident Egon Furrer in der Affäre Abgottspon hatte die CVPO die Nerven ihn auf ihrer Nationalratsliste aufzustellen – willkommen im Wallis.

Haarsträubend ist der Fall der Gemeinde Guttet-Feschel. Der Gemeinderat unter Gelber Führung vergass alle Vorschriften und baute einen Spazierweg aus massiven Metallstegen (Seite 5). Eine Baubewilligung holte die Behörde für den Bau nicht ein – offenbar ganz nach dem absolutistischen Motto «L`État, c`est moi». Die Baupolizei setzte der Monarchie in Guttet-Feschel einen Riegel. Im Verlauf der Recherche dieser Geschichte ist auch der König abgetreten – Gemeindepräsident Schnyder gab kürzlich den Rücktritt von seinem Amt bekannt.
Offenbar wurden ihm die Querelen in der Gemeinde schlicht zu viel.

Cyrill Pinto

IMPRESSUM

HERAUSGEBER	Verein Rote Anneliese Postfach 441 3900 Brig-Glis Tel. 027 923 63 89 rote.anneliese@rhone.ch
INTERNET	www.roteanneliese.ch
REDAKTOR	Cyrill Pinto (cp)
MITARBEITERINNEN DIESER NUMMER	Hilar Eggel (he) Laura Kronig
DRUCK	s+z:gutzumdruck. 3902 Brig-Glis

ABONNEMENTE

Jahresabo	Fr. 50.–
Jugendabo	Fr. 25.–
Unterstützungsabo	Fr. 80.–

BANKKONTO PC 19-8382-6

TITELBILD
Höchstspannungsleitung in Deutschland – ähnliche Strommasten sollen durchs Wallis führen. Creative common/flickr.com

Inhalt

Hakenkreuz und Kruzifix:
OS Stalden unter Naziverdacht
SEITE › 3

Hooligans:
Fangruppe mit Kontakten zur Naziszene
SEITE › 4

Illegales Bauen:
Gemeinde Guttet-Feschel baut ohne Baubewilligung
SEITE › 5

Stromleitung:
Opposition gegen neue Stromautobahn durchs Wallis
SEITE › 6

CVP-Filz:
Parteisoldat Paul-Bernhard Bayard vor Gericht
SEITE › 9

Kolumne:
Devisen? Nein, danke!
SEITE › 11

Buchtipp:
Eigensinnige Frauen
SEITE › 11

Hilar Eggel:
Georg Lukacs – Geschichte und Klassenbewusstsein
SEITE › 12

Agenda:
Wohin Frau/Mann geht – die RA-Tipps …
SEITE › 14

WKB:
Jährlich schenkt der Kanton der Bank 10 Millionen
SEITE › 16

Das Video: Der neue Staldner Lehrer in der Mitte – Kollegen identifizierten ihn eindeutig. Youtube

Naziverdacht

Mit Nazi und Kruzifix

STALDEN – Die Schule war gewarnt: Im Herbst 2010 wurden die Staldner Schulbehörden über den Naziverdacht einer ihrer Lehrer informiert. Ein paar Wochen später handelten sie in einem anderen Fall: Sie entliessen Valentin Abgottspon fristlos.

Wieder fällt die Schule von Stalden mit einem Personalentscheid auf: Nur rund zwei Monate bevor die Kruzifix-Debatte in der fristlosen Entlassung von Valentin Abgottspon gipfelt, stellt die Schule einen Lehrer ein, der durch sich in der rechtsextremen Szene bewegt.
Der Hinweis für Alfonso S.' Szenezugehörigkeit findet sich auf Youtube. Das Video auf dem der Staldner Sek-Lehrer gut zu erkennen ist, ist ein Veranstaltungsbericht des «Ritorno a Camelot»-Treffens. Auf Einladung der italienischen «Veneto Fronte Skinheads» trifft sich jeweils 80 Kilometer nördlich von Venedig der harte Kern der europäischen Neonaziszene. Über 1000 Personen pilgerten aus ganz Europa zu dem Treffen, zuletzt am ersten Septemberwochenende.

Mehrere Videos im Netz

Das Fest, an dem der neue Staldner Lehrer offenbar teilnahm, war im September 2006. Der Lehrer ist gleich auf zwei Videos zu sehen: Neben einem Video, das den Mann auf einer Portraitaufnahe zeigt, kursieren im Netz diverse Videos von der Veranstaltung – auch auf denen ist der Staldner Lehrer zu sehen. Die Veranstaltung in Venetien ist nicht irgend eine Konzertveranstaltung. An dem Treffen wird jeweils dem in den 90er-Jahren verstorbenen Screwdriver-Sänger gedacht. Er wird gilt als Gründer der Blood&Honour-Bewegung. Neben Auftritten von Nazi-Rockbands wurden Vorträge gehalten: Anti-Islamisten und Holocaust-Leugner sorgen für den theoretischen Hintergrund an dem Treffen. Auf der gut dreiminütigen Zusammenfassung des Treffens in Italien sieht man aufmarschierende Kameraden, Konzerte und Bands. Fast am Schluss des Videos ist der Staldner Sek-Lehrer zu sehen, wie mehrere Personen bestätigen. Der Lehrer ist auf der Aufnahme gut zu erkennen. Trotzdem bestreitet er, die Person in dem Video zu sein.

In der Hooligan-Szene aktiv

Sein Facebook-Profil hat der Staldner Lehrer gesäubert, nachdem sein altes Profil von Facebook gesperrt wurde. Nur auf einer zweiten Social-Network-Seite einer Beiz am Wohnort des Lehrers lassen sich diverse Hinweise auf seine poltische Ausrichtung finden. Er ist Fan des faschistischen Radio Bandiera Nera aus Italien – ausserdem ist er Mitglied diverser frauenfeindlicher Gruppen.

Ursprünglich kam der Hinweis auf das Video auf dem der Lehrer zu sehen ist, aus der Hooliganszene. Ein Oberwalliser, der Mitglied der Hooligangruppe Street Society ist, machte auf das Video aufmerksam. Auf seinem Facebook-Profil gibt der Hooligan bekannt, am «Ritorno a Camelot»-Treffen 2011 teilgenommen zu haben.
Tatsächlich fiel die Street-Society in der letzten Spielsaison des FC Sion mehrmals negativ auf. Beim Spiel auswärts gegen Thun bewarfen Leute der Street Society am Spielrand stehende Fans im Rollstuhl mit Bier. Ein paar Wochen später wurden Leute der Street Society beobachtet, wie sie Schwarze mit Bier bewarfen und mit Affengeräuschen beleidigten (Seite 4).
Der Staldner Lehrer pflegt enge Kontakte zu dieser Hooligan-Gruppe des FC Sion, wie mehrere Kenner der Fanszene sagen. Zuletzt fiel er auf, als er gegen Fifa-Präsident Sepp Blatter in Visp protestierte. In der vordersten Reihe und lautstark pöbelte der Lehrer gegen Fifa-Präsident Blatter beim offiziellen Empfang der Gemeinde Visp..

Schule wusste Bescheid

Im Herbst 2010 wird die Schule Stalden auf die Kontakte des neuen Lehrers zur rechtsextremen Szene aufmerksam gemacht. «Von einer Person, die anonym bleiben will», wie die Schuldirektion in einer Stellungnahme schreibt. Die beiden Schuldirektoren laden die Person zu einem Gespräch und versprechen ihr, den Lehrer zur Rede zu stellen. Das habe man auch getan, schreibt die Schule in einer Stellungnahme. Bei einer Aussprache habe der Lehrer versichert, keiner rechtsextremen Verbindung anzugehören. Offenbar ist damit für die Schule der Fall erledigt – im Mitteilungsblatt zum Schulstart 2011/2012 in Stalden wird der Lehrer vorgestellt.
«Was ich in meiner Freizeit mache, geht niemanden etwas an», sagte der Lehrer auf die Frage, ob er an dem Nazi-Treffen teilnahm. (cp)

Hooligans

Sittener Fangruppe pflegt Kontakte zur Naziszene

WALLIS – Gleichzeitig mit dem Fall des Staldner Lehrers unter Naziverdacht, rückt eine Fangruppe des FC Sion in den Fokus der Öffentlichkeit. Mitglieder einer Sittener Hooligangruppe pflegen offen den Kontakt zur rechtsextremen Szene.

Offenbar bekamen sie kalten Füsse: Letzte Woche war ein geschlossenes Forum der Oberwalliser Fan-Gruppe Street Society noch Online. Ein letztes Mitglied mit dem Pseudonym der Nazi-Rockband Screwdriver wurde aufgenommen, dann war Schluss. Seit Mitte September wurde das Forum aufgelöst – ob von den Nutzern selbst, oder den Betreibern, bleibt unbekannt.
Bekannt ist: Die Oberwalliser Hooligangruppe um zwei Brüder aus Naters pflegt offen Kontakte zur rechtsextremen Szene. Ein Mitglied der Gruppe kündigte über sein Facebook-Profil öffentlich an, am Neonazitreffen «Ritorno a Camelot» in Norditalien teilzunehmen. Das Treffen war am ersten Septemberwochenende.
Auch der Staldner Lehrer, der 2006 an dem Nazitreffen in Norditalien teilnahm, ist im Oberwallis in der Fanszene des FC Sitten zu Hause. Dabei bewegt er sich laut mehreren Insindern der Oberwalliser Szene im Dunstkreis der Hooligans, die politisch traditionell eher am rechten Rand eingeordnet werden.

Verbindungen zur Neonaziszene

«Der FC Sion hat eine neue Fangruppe, die Street Society Oberwallis. Ihnen war wichtig, allen mitzuteilen, dass sie gegen Ausländer, Juden und Behinderte sind.» Am Anfang stand dieses Zitat, gepostet auf einem rechtsextremen Internetforum. Am Schluss des Eintrags vom letzten Mai steht der Satz: «Hoch leben die Taten der deutschen Soldaten!»
Die Street Society gibt es tatsächlich – im Fanforum des FC Sitten wurde im Mai kurz über die Gruppe diskutiert. Mit dem Fall des Staldner Lehrers gerät die Gruppe in den Fokus der Öffentlichkeit.

Zwei üble Vorfälle

Die Gruppe um zwei Brüder aus Naters wurde erstmals im Mai an einem Match des FC Sitten wahrgenommen. Wegen eines üblen Vorfalls. «Ich beobachtete mehrere Leute der Gruppe wie sie Bier auf gehbehinderte Thun-Fans im Rollstuhl schütteten», sagt ein Mann der an diesem Tag bei den Sittener Fans stand. Die Episode wurde anschliessend ausgiebig im deutschsprachigen Fan-Forum des FC Sion diskutiert, worauf sich die Street Society zu einer Stellungnahme genötigt sah. Dabei hob die Gruppe hervor, dass Probleme «mit Leuten in der Kurve, in der Kurve geregelt werden», und nicht im Internet.
Der Vorfall wurde heruntergespielt – es sei bestimmt ein Versehen gewesen, beteuert der anonyme Schreiber im Namen der bis dahin unbekannten Fangruppe. Er werde die Betreffenden zur Rede stellen und er hoffe, dass der Bierwurf gegen die Gehbehinderten ein Versehen war.
Nur: Zwei Wochen nach dem Vorfall in Thun fallen Leute der Street Society, erkennbar an ihren Aufnähern, wieder auf. Am Cupfinal in Basel stehen Leute der Gruppe beim Eingang des Stadions und bewerfen Leute mit Bier – «offenbar weil es Schwarze waren», berichten Zeugen des Vorfalls. Dabei sollen die Fans Affengeräusche gemacht haben.

Politik bleibt draussen

Im Gegensatz zu den rechten Hooligans existiert unter den FC-Sion-Fans aber auch eine stark linksgeprägte Gruppe, die Freaks. Logisch, dass es unter den Gruppen immer wieder zu Auseinandersetzungen kommt. Auch deshalb hat man sich unter den Fangruppen darauf verständigt, im Stadion auf politische Parolen und Zeichen wie Flaggen zu verzichten. Politik ist unter den Fans im Stadion tabu – «trotzdem ist und bleibt die Politik der Dauerbrenner schlechthin», schreibt ein Mitglied der Street Society im öffentlichen Fanforum des FC Sitten.
Solche Probleme würden jeweils innerhalb der Fankurve geregelt, sagt ein langjähriges Mitglied der Sittener Fanszene. Tatsächlich ist die Politik der Ultras, also dem harten Kern der Fans, eine geschlossene Gesellschaft zu bilden. Nach dem Vorfall in Thun gab die Street Society im Fanforum bekannt, dass man gerne über die Problem rede – aber nur im direkten Gespräch unter den Fans.
Dass dies gar nicht so einfach ist, zeigen Bilder von Auswärtsspielen des FC Sitten.
Zum Beispiel Bilder vom Spiel im letzten Herbst gegen Basel: Das Gros der Sittener Fans ist im Sektor vor dem Spielfeld. Die Leute der Street Society stehen alleine einen Stock höher – aufgehängt haben sie ihr Banner und eine Flagge der früheren Rechtsrockband «Böhse Onkelz». (cp)

FC-Sion Fans am Visper Blatter-Empfang: Manche Fans pflegen Kontakte zur rechtsextremen Szene.

Arbeiten eingestellt: Diesen Steg in Guttet liess die Gemeinde ohne Baubewilligung errichten – die Baupolizei hat die Arbeiten gestoppt. Cyrill Pinto.

Illegales Bauen

Die Baupolizei musste die Gemeinde stoppen

GUTTET-FESCHEL – Die Gemeinde Guttet-Feschel wollte einen Aussichtspunkt besser zugänglich machen – mit einem breiten Steg aus Metall. Nur: Eine Bewilligung hatte sie nicht.

Von Cyrill Pinto

Mitten im Dorf Guttet steht ein riesiger Felsbrocken – der «Tschuggu». Auf dem Aussichtspunkt überblickt man das ganze Rhonetal. Der Findling ist ein beliebter Aussichtspunkt.
Diesen wollte die Gemeinde Guttet-Feschel mit einem breiten Spazierweg, gebaut aus breiten Metallgittern, besser zugänglich machen. Mitte Juli fingen die Bauarbeiten am Findling im Dorf an. Mit schwerem Gerät wurde an dem Felsen gebohrt, breite Gitter wurden an den Felsen geschraubt – ein Teilstück des Weges wurde als Zugang planiert. Nur: Eine Baubewilligung hatte die Gemeinde für ihr Werk zur Attraktivitätssteigerung von Guttet nicht.

Ausrede: Unterhaltsarbeiten

Remo Kuonen war rund zehn Jahre lang selbst im Gemeinderat. Er weiss, was es heisst in einer kommunalen Behörde zu arbeiten. Er sagt: «so einen uneinsichtigen Gemeinderat hatten wir hier noch nie». Kuonens Haus steht gleich unterhalb des grossen Findlings im Dorf. Er war es, der den Bau des neuen Wegs per Beschwerde an den Staatsrat gestoppt hat. Kuonen ist ein aufmerksamer Bürger – deshalb ist der 64-Jährige auch so erstaunt, als eines Morgens die Bauarbeiten an dem «Tschuggen» beginnen. Denn: Wäre ein Baugesuch aufgelegen – er hätte es mitbekommen. Kuonen erkundigt er sich auf der Gemeinde. Dort sagt man ihm, dass es sich bei den Arbeiten nur um Unterhaltsarbeiten handle. Nur: Unterhaltsarbeiten an etwas, das es vorher nicht gab sind keine Unterhaltsarbeiten. Remo Kuonen setzte die Beschwerde auf.

Baupolizei musste Gemeinde stoppen

In der Einsprache, die von 11 Einwohnern von Guttet mit unterzeichnet wurden, macht Kuonen geltend, dass für den Bau des neuen breiten Wegs in Form eines Stegs keine Baubewilligung eingereicht wurde. Der Ort sei zudem nicht irgendein Ort, sondern als Naturschutzgebiet von kommunaler Bedeutung speziell geschützt. In seiner Beschwerde an den Kanton macht Kuonen aber auch seinem Ärger luft: «Für jeden kleinsten Zaun muss man als Bürger bereits eine Baubewilligung einholen – während sich die Behörde einen unnötigen Einschnitt ins Dorf- und Landschaftsbild erlaubt, ohne eine Baubewilligung oder einen Beschluss der Urversammlung», heisst es im Beschwerdebrief.
Hinzu kommt: Der neue Weg aus Gitterelementen wurde an der Felswand über der Strasse mit Schrauben fixiert. Seither fallen immer wieder Steine vom Fels auf die Strasse. Kuonen befürchtet, dass auch sein Haus von herab fallenden Steinen getroffen werden könnte.
Noch am Tag, als die Beschwerde beim Staatsrat eintraf, wurden die Bauarbeiten eingestellt. «Ich habe den Bauunternehmer telefonisch über die Einsprache informiert – erst dann haben sie aufgehört zu bauen.»
Anton Ruppen, Präsident der Kantonalen Baukommission, bestätigt auf Anfrage den Vorgang: «Die Baupolizei musste den Bau in Guttet-Feschel stoppen.»

Keine Reaktion der Gemeinde

Der Gemeinderat reagierte auf die Fragen der «Roten Anneliese» nicht. Zwei Monate nach Beginn der Bauarbeiten am Felsen und Kuonens Einsprache beim Kanton, hat der Gemeinderat von Guttet-Feschel für den Metallsteg am Tschuggu ein Baugesuch eingereicht.
«Ohne mit uns vorher das Gespräch zu suchen», wie Remo Kuonen betont. Logisch dass Kuonen gegen das nun unverändert aufliegende Baugesuch Einsprache erhoben hat – zusammen mit 26 Bewohner von Guttet.
Wird die Baubewilligung nicht erteilt, muss die Gemeinde wohl oder übel den Metallsteg wieder vom Fels entfernen – auf Kosten der Steuerzahler. «Wie viel das kosten wird, würde mich auch interessieren», sagt Remo Kuonen.

Hier sollen die Masten durch: Barbara Greminger zeigt den Ort, wo die Masten der Stromautobahn stehen sollen.

Neue Stromleitung

Der Widerstand gegen die Stromautobahn

OBERWALLIS – Die Stromindustrie plant eine Stromautobahn durch das Wallis. Wird die Leitung in den Boden verlegt oder an Masten gehängt? Die «Rote Anneliese» entwirrt das Stromleitungsknäuel in einem Überblick.

Von Cyrill Pinto

Nur wenige Oberwalliser kennen den idyllisch gelegenen Ort. Von den umliegenden Dörfern ist er fast nicht einzusehen. Die Häuser des äussersten Weilers von Grengiols sind nur über eine holprige, nicht geteerte, Strasse zu erreichen – früher war der Weg Teil des Saumpfads über den Albrunpass. Heute verirren sich fast keine Leute mehr an den abgelegenen Ort, schon gar nicht mit dem Auto. Nur im Sommer und Herbst durchqueren Velofahrer und Wanderer den Weiler zwischen Binna-Schlucht und Brunruschwald. Der Weiler ist schön, die Kapelle gut erhalten. Der Weiler im Landschaftspark Binntal ist ein Fixpunkt auf jeder Wanderung ins naturbelassene Bergtal.

Barbara Greminger verbringt schon seit ihrer Kindheit ihre Ferien auf der Hockmatta. Ihre Eltern erwarben dort vor Jahrzehnten ein altes, freistehendes, Bauernhaus. Greminger, die in Bern als Therapeutin arbeitet, zeigt auf die Wiese hinter dem Haus: «Dort steht dann einer der Masten.»

Doppelt so hohe Masten

Quer durch die Hockmatta soll die neue Stromleitung führen – insgesamt fünf Masten, jeder über 70 Meter hoch, werden eine Schneise durch den Grengjer Weiler schlagen. Nach Plänen des Bundes soll die Leitung schon in neun Jahren stehen, wenn möglich sogar früher.

Die Masten in der Hockmatta sind Teil einer regelrechten Stromautobahn von Chamoson im Unterwallis bis nach Ulrichen im Obergoms. Die Leitung kann mit einer Spannung von 380 Kilovolt und einer Leistung von 4000 Megawatt grosse Mengen an Strom abtransportieren. Tatsächlich soll die Leitung Strom von den grossen Pumpspeicherkraftwerken im Unterwallis ins nahe Oberitalien abführen. Denn im Wallis selbst hat man für solch grosse Mengen an Energie keinen Bedarf.

Keine andere Leitung in der Schweiz kann mehr Strom über so grosse Distanzen übertragen. Dafür braucht es alle 200 bis 500 Meter einen Masten – sie sind fast doppelt so hoch als die heute bestehenden Hochspannungsmasten. Dafür werden die bestehenden Masten auf der Linie Chamoson – Ulrichen nach dem Bau der neuen Leitung abgebaut.

BFE erteilt Genehmigung

2010 erteilte das zuständige Bundesamt dem Abschnitt zwischen Chamoson und Chippis die Plangenehmigung – im Sommer 2011 folgte ein zweiter Abschnitt zwischen Bitsch und Ulrichen – eben der Abschnitt der die Hockmatta quert.

Gegen diesen BFE-Entscheid haben nun mehrere Personen Rekurs beim Bundesverwaltungsgericht eingelegt. Zu ihnen gehört Barbara Greminger. Sie sitzt auf der Terasse ihres Ferienhauses und blickt auf die unversehrte Hockmatta. Pumpspeicher? Versorgungssicherheit? Greminger versteht nicht, wie man den Grengier Weiler mit diesen gigantischen Hochspannungsmasten derart verschandeln kann. «Uns hat man für läppische 300 000 Franken verkauft», sagt Greminger.

Dies ist der Betrag, den die Gemeinde Grengiols von der Bauherrin Alpiq als Ausgleichszahlung für die neue Monsterleitung erhalten hat. Greminger fühlt sich von der Gemeinde im Stich gelassen, sicherte man ihr doch Unterstützung im Kampf gegen die neue Stromautobahn durch die Hockmatta zu. Am Ende liess sich die Gemeinde Grengiols auf einen Kompromiss ein: Im Dorf selbst soll die neue Leitung weiter südlich, also am Waldrand, und nicht mehr durchs Dorf geführt werden. Für die Hockmatta begnügte man sich mit einer Ausgleichszahlung. Doch warum braucht es überhaupt die neue Leitung durchs Wallis?

Blackout-Argument

Immer wieder wird in der Diskussion um die neue Walliser Stromleitung der SBB-Blackout von 2005 als Argument angeführt. Damals, im Sommer 2005, standen nach einer Kaskade von Pannen auf dem Stromnetz der SBB für Stunden fast sämtliche Züge der SBB still – wäre damals die Leitung durchs Wallis schon in Betrieb gewesen, der SBB-Blackout wäre nie passiert, schoben die SBB damals als Grund vor. Energieexperte Glauser widerspricht dieser Theorie. Der SBB-Blackout war eine Folge von kaskadenartigen Fehlern, verursacht durch überforderte Operateure. «Die SBB hatten schlicht noch nie ein solches Szenario durchgespielt und konnten es damit schlicht nicht bewältigen.» Dies bestätigt auch der Untersuchungsbericht, den die SBB nach dem Blackout anfertigen liessen. Die Stromindustrie hat aber noch ein zweites Argument.

Stromüberschuss muss weg

Das Wasserschloss Wallis ist laut Bundesamt für Energie das zweite Argument für die neue Walliser Leitung. «Die Leitung braucht es, damit die von Walliser Kraftwerken produzierte Energie abtransportiert werden kann», lässt BFE-Sprecherin Sabine Hirsbrunner verlauten.

Auch dieser Position widerspricht der Aargauer Energieexperte Heini Glauser. Er zum Beispiel die Walliser Solarstudie im Auftrag des Kantons verfasst. «Für die jetzt durchs Wallis geplante Leitung besteht überhaupt kein Bedarf – sie leistet weder einen Beitrag zur Stabilität des Schweizer Stromnetzes, noch lassen sich mit ihr grosse Mengen Strom nach Italien abführen.»

Glauser spricht damit auf die schon heute ausgelasteten Leitungen vom Tessin nach Italien an. Glauser nennt ein Beispiel.

Wechselstrom – gar kein Strom?

Auf der Seite der Schweizer Netzgesellschaft Swissgrid kann man in Echtzeit den Stromfluss in und aus der Schweiz verfolgen. An einem gewöhnlichen Nachmittag fliessen über 2700 Megawatt nach Italien. Das Problem: Der zusätzliche Strom aus der neuen Walliser Leitung kann über die bestehenden Leitungen im Tessin gar nicht nach Italien weiterleitet werden – dafür fehle schlicht die Kapazität, sagt Glauser. Und: In Italien sind keine weiteren Leitungen geplant, um diese Kapazität zu erhöhen.

Zurzeit werden in Deutschland reihenweise AKWs, die vor allem ununterbrochen grosse Mengen Strom liefern, abgeschaltet. Dafür werden im selben Tempo grosse Wind- und Solarparks ans Netz genommen. Um diese stark schwankende Menge Strom abführen zu können, setzt man schon heute auf verlustarme Gleichstromleitungen. Und die sind mit den Schweizer Hochspannungsleitungen nicht kompatibel – diese funktionieren nach dem Wechselstromprinzip.

Der «Walliser Bote» brachte dieses Problem Ende August zum ersten Mal auf. Hintergrund: Mitte August traf Glauser, zusammen mit einer kleinen Walliser SP-Delegation, Swissgrid-Vertreter zu einer Aussprache. Die neue Schweizer Netzgesellschaft wird 2013 alle grossen Übertragungsnetze von den heutigen Betreibern übernehmen – im Fall der Walliser Leitung ist dies die Alpiq. An dem Treffen im Aargau stellten die Swissgrid-Vertreter klar: Man will die Schweiz nicht vom europäischen Stromnetz abhängen. Denn die Schweiz ist schon heute ein wichtiger Player im europäischen Strompoker. Kein Land sonst hat derart grosse Möglichkeiten Strom zu speichern und bei Bedarf – auf Knopfdruck – diesen ins Netz zu speisen. Die Schweizer Stromwirtschaft leistet mit ihren Speicher- und Pumpspeicherkraftwerken heute schon einen wichtigen Beitrag zur Stromversorgung in Europa. Permanent fliessen tausende Megawatt Strom über die Schweizer Grenzen. Mal braucht die Schweiz mehr als sie Produziert. Meist, vor allem zu Spitzenzeiten, exportiert sie mehr Strom ins Ausland. Dafür muss die Schweiz gut an das europäische Stromnetz angebunden sein. Bodenmann sah dieses Swissgrid-Statement schon als Todesurteil für die Walliser Stromautobahn. Nur: Beim BFE sieht man das neue Gleichstromnetz anders. Denn: Konkrete Leitungsbauprojekte zur Erstellung eines Gleichstromnetzes, eines so genannten Supergrids, gebe es derzeit in Europa nicht. Und: «Das Supergrid würde eine neue zusätzliche Netzebene darstellen, die dem heute existierenden Hochspannungsnetz überlagert wird», schreibt BFE-Sprecherin Hirsbrunner. Das heutige Hochspannungsnetz und damit auch die geplante Leitung durchs Wallis sei deshalb nicht nur mit dem Supergrid kompatibel, sondern würde gewissermassen das Fundament darstellen, auf dem das Supergrid errichtet wird, heisst es aus dem BFE.

Fortsetzung Seite 8

Aber auch beim BFE hat man die Vorteile der Supergrid-Technologie erkannt: «In Zukunft könnten eine oder zwei Nord-Süd Achsen eines Supergrids mit einem oder mehreren Anschlusspunkten für die Schweizer Pumpspeicherkraftwerke von Vorteil sein.»
Heute sei aber die Wechselstromtechnologie und damit die geplante Leitung durchs Wallis «kostengünstiger als ein neu aufzubauendes Supergrid», lautet die BFE-Position.

Widerstand im Unterwallis

Bevor das BFE in diesem Sommer grünes Licht zur Planung der Gommer Leitung mit der betroffenen Hockmatta gab, erteilte das Bundesamt die Genehmigung für das Teilstück der Leitung zwischen Chamoson und Chippis. Gegen dieses Teilstück wurde sehr viel mehr politischer Widerstand laut. Unterschriften wurden gesammelt – Gemeinden legten gegen den Entscheid zur Planung Beschwerde ein.
Daraufhin setzte der Staatsrat im November 2010 eine Expertengruppe ein – die Fachleute sollten unter anderem den Bedarf der neuen Stromautobahn durch Wallis abklären.
Und wenn diese nötig ist, sollte sie prüfen, ob eine Erdverlegung der Leitung, eine so genannte Verkabelung, möglich wäre. Eine Gruppe, bestehend aus Vertretern von Gemeinden, Kanton, Stromwirtschaft und Umweltverbänden sollten alle wichtigen Akteure an einen Tisch bringen. Die Grüne Brigitte Wolf nahm in dem Gremium als Vertreterin der Umweltverbände Einsitz.
Mehr als ein halbes Jahr dauerte die Arbeit der Expertengruppe und deren Begleitgruppe. Ihr grosser Fortschritt: Im Gegensatz zu früheren Stellungnahmen der Stromwirtschaft wurde die Verkabelung der Höchstspannungsleitungen, also deren Verlegung in den Boden, plötzlich eine mögliche Option. Nach zähem Ringen und entsprechendem Druck von Links einigte sich die Gruppe schliesslich auf einen Kompromiss. Ein Drittel des 30 Kilometer langen Teilstücks im Unterwallis sollte unter die Erde.
«Für mich war dieser Kompromiss überraschend», sagt Brigitte Wolf, rückblickend auf die Arbeit in der Begleitgruppe. Obwohl Wolf am Schluss der Arbeit in der Begleitguppe ausgebootet wurde. Denn: Obwohl die Umweltverbände und die Linke

> «Für die geplante Gommer Stromleitung besteht überhaupt kein Bedarf»
>
> **Energieexperte Heini Glauser**

für eine Verkabelung der Höchstspannungsleitung auf der gesamten Strecke gekämpft hatte, verlautete die Begleitgruppe mit Ständerat Jean-Réne Fournier an der Spitze – der Entscheid für den Kompromiss sei einstimmig gefällt worden.
Dass gegen die Gommer Leitung wenig Widerstand laut wird, war für Wolf absehbar: Die Gemeinden haben nach Anpassungen bei der Linienführung ihre Einsprachen zurückgezogen – zur Enttäuschung der Betroffenen auf der Hockmatta – diese geben sich aber noch nicht geschlagen.

Einsprache eingereicht

Weist das Bundesverwaltungsgericht die Einsprachen gegen die Gommer Leitung ab, kann dieser Entscheid ans Bundesgericht weitergezogen werden. Bis der Rechtsweg ausgeschöpft ist, können Monate, ja sogar Jahre vergehen. Beim Bundesamt für Energie wo man sich eine Frist zur Realisierung für die jeweiligen Teilabschnitte gesetzt hat, gibt man sich vorsichtig optimistisch: Die eigentliche Bauzeit für die Leitungsabschnitte betrage jeweils nur zwei bis drei Jahre, so das BFE.
Ob die Termine zur Realisierung eingehalten werden können, hängt also vor allem von der Dauer der juristischen Verfahren ab.
Das Ziel: 2015 soll die Leitung bis Chippis stehen – bis 2020 das weitere Stück bis Ulrichen.

Jetzt folgt das Oberwallis

Wie auch im Fall der Gommer Leitung zwischen Bitsch und Nufenen entschieden wird: Der ganz grosse Kampf um die Walliser Leitung steht noch bevor.
Denn für das Teilstück im Oberwallis bis nach Chippis wurde noch gar keine Plangenehmigung erteilt. Es ist absehbar, dass das Bundesamt für Engergie demnächst den Streckenabschnitt zwischen Chippis und Mörel zur Planung freigeben wird. «Spätestens wenn die Grundstückbesitzer im Oberwallis merken, dass ihnen ein Strommast vor die Nase gesetzt wird, wird der Widerstand zunehmen», schätzt Brigitte Wolf.
Sie setzt auf die Arbeit der Begleitgruppe, die noch nicht aufgelöst wurde und bei Bedarf ihre Arbeit wieder aufnehmen kann.
Das Problem um die 380-kV-Leitung durch das Wallis liegt woanders, weiss Glauser. Der Ausbau des Hochspannungsnetzes in der Schweiz folge nur Partikularinteressen. Interessen der SBB, der Stromwirtschaft, des BFE – niemand setze sich mit allen Akteuren an einen Tisch und suche logische Lösungen, ortet Glauser das Problem.
Vielleicht braucht es diesen runden Tisch am Ende doch – spätestens dann wenn die Walliser Stromautobahn im Oberwallis durch Einsprachen blockiert ist.

Unter die Erde: Zwischen Chamoson um Mörel soll die Leitung in den Boden – die Leitung ins Goms braucht es nicht.

C-Filz

Letzter Akt in der Affäre Bayard

OBERWALLIS – Seit über zehn Jahren sorgte der ehemalige Briger Betreibungsbeamte für Schlagzeilen in der «Roten Anneliese». Jetzt steht der Mann vor Gericht. Ein Rückblick.

Von Cyrill Pinto

Dass der Mann nur für Schlagzeilen sorgte – diese Aussage wäre eine Untertreibung. Viel mehr füllte Paul-Bernhard Bayard zehn Jahre lang regelmässig die Textspalten der «Roten Anneliese». Zuerst in der Schwarzgeldaffäre der ehemaligen Möbelbaufirma Gertschen, die Affäre «Conti Neri» – dann mit seiner Amtsführung im Betreibungs- und Konkursamt Brig. Für die Schwarzgeldaffäre bei der Möbel Gertschen, wo Bayard VR-Präsident war, wurde der Natischer 2006 verurteilt.
Jetzt muss Bayard wegen seiner Amtsführung beim Betreibungsamt Brig vor Gericht antraben. Der Fall von Honorarüberweisungen an sich selbst, während seiner Zeit als Betreibungsbeamter im Solde des Kantons, soll noch in diesem Jahr verhandelt werden.

Bayard muss wieder vor Gericht

Nach zweijähriger Untersuchung hat nun die Staatsanwaltschaft gegen Bayard Anklage erhoben, Der zuständige Staatsanwalt beschuldigt Bayard der ungetreuen Amtsführung, eventuell dem Amtsmissbrauch beziehungsweise der ungetreuen Geschäftsbesorgung sowie der Urkundenfälschung im Amt, wie er auf Anfrage sagte. Zurzeit können die Parteien noch Beweise einreichen.
Der Prozess sollte aber noch in diesem Jahr stattfinden, stellt man beim Bezirksgericht Brig in Aussicht.

System CVP vor Gericht

Mit Paul-Bernhard Bayard steht nicht nur Bayard selbst, sondern das C-Filzsystem vor dem Richter. Denn: Hätte Jean-Réne Fournier seinen Parteikollegen nach seiner ersten Verurteilung im Verfahren Gertschen nicht weiter gestützt, wäre es zum zweiten Prozess jetzt nie gekommen.
2008 kam die Sache ins Rollen: In der Juni-Ausgabe zitiert die «RA» aus einem Bericht des Finanzinspektorats. Laut diesem hatte sich Bayard selbst Lohn ausbezahlt, der ihm nicht zustand – 76 000 Franken überwies sich Bayard selbst. Das FI nahm daraufhin das Betreibungs- und Konkursamt Brig genauer unter die Lupe. Ein Jahr später platzte die Bombe.
Bayard hatte nicht nur mehrere 10 000 Franken vom Konto des kantonalen Amtes auf sein Privatkonto überwiesen, Bayard hatte auch Steuerschulden, wie aus dem FI-Bericht aus dem Jahr 2009 hervorgeht. Ausserdem wurde Bayard wegen diverser Schulden betrieben, was zur paradoxen Situation führte, dass Bayard Geld bei sich selber eintreiben sollte. Als Staatsrat Fournier vom Walliser Finanzdepartement in den Ständerat wechselte, war die Zeit für Paul-Bernhard Bayard abgelaufen. Nachdem gegen ihn eine Strafuntersuchung eingeleitet wurde, suspendierte ihn der Staatsrat von seinem Amt als Betreibungsbeamter. Inzwischen ist Bayard pensioniert.

«RA» brachte die Sache ins Rollen

Schon vor seiner Suspendierung forderte die «RA» ohne Erfolg die Abberufung Bayards von seinem Leitungsposten beim Betreibungsamt. Grund: Bayard wurde wegen seiner Rolle bei der Affäre «Conti Neri» verurteilt.
Im Jahr 2002 wurde gegen Bayard eine Strafuntersuchung eingeleitet. Als Verwaltungsratspräsident der ehemaligen Möbelfabrik Gertschen soll Bayard über ein Schwarzgeldkonto bescheid gewusst haben – Hunderttausende Franken flossen damals über das Konto. Die «RA» deckte die Affäre damals auf. Obwohl Bayards Name auf der Transaktionsliste des Kontos stand, behauptete er vom Konto nichts zu wissen. Das Bezirksgericht verurteilte ihn damals zu einer bedingten Gefängnisstrasse. Obwohl das Kantonsgericht später die Strafe reduzierte: Bayard wurde dafür 2006 rechtskräftig verurteilt. Trotzdem blieb er Leiter des Betreibungsamtes Brig.

4 ROTE ANNELIESE / NR. 208 / Juni 2009

Die *Rote Anneliese* vom Februar und Mai 2002: Die Hintergründe und die Verantwortlichen des Niedergangs der traditionsreichen Natischer Möbelfabrik Gertschen wurden von der RA klar benannt. Die Kontoliste «*Conti Neri*» wurde von der RA dem Untersuchungsrichter übergeben. Die beiden RA-Ausgaben können aus dem Archiv der *Roten Anneliese* auf der Internetseite roteanneliese.ch gratis heruntergeladen werden.

Betreibungs- und Konkursbeamter Paul-Bernhard Bayard: Hintergründe der Strafuntersuchung und der Suspendierung

Steuerschulden, Betreibungen und Verdacht auf buchhalterische Unregelmässigkeit

BRIG-GLIS/SITTEN – Mitte Mai hat das kantonale Finanzinspektorat den Briger Betreibungsbeamten Paul-Bernhard Bayard beim Untersuchungsrichter angezeigt und Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten hat ihn per sofort suspendiert. Endlich! Denn seit sieben Jahren fordert die RA dessen Suspendierung und ebenso lange hat Alt-CVP-Staatsrat Jean-René Fournier seinen Günstling protegiert. Er trägt die politische Verantwortung. Für Bayard gilt bis zu einem rechtskräftigen Urteil die Unschuldsvermutung.

VON KURT MARTI

«Betreibungs- und Konkursamt des Bezirkes Brig. Verdacht auf buchhalterische Unregelmässigkeiten. Beamter provisorisch suspendiert», titelte eine Medienmitteilung des Staatsrates vom 13. Mai 2009. Gleichzeitig gab der Staatsrat bekannt, dass gegen den Briger Betreibungsbeamten Paul-Bernhard Bayard eine Strafuntersuchung eingeleitet worden sei. Was dem Betreibungsbeamten konkret vorgeworfen wird, steht in einem brisanten Spezialbericht des Finanzinspektorates (FI). Es geht um Geldüberweisungen aus einem Bankkonto des Betreibungsamtes für private Zwecke und um Steuerschulden bei Bund und Kanton, sowie um Betreibungen durch Private und die Sozialversicherungen.

Abzweigungen auf sein Privatkonto

Laut FI-Bericht hat der Betreibungsbeamte Bayard im Februar und März des laufenden Jahres rund 40 000 Franken von einem Bankkonto des Betreibungsamtes auf sein privates Konto abgezweigt und zwar rueben seinem Lohn von über 10 000 Franken, welcher seit Anfang 2009 durch den Kanton bezahlt wird. Bekanntlich sind die Betreibungsämter keine Regiebetriebe mehr und die Betreibungsbeamten gelten seit Anfang Jahr als Kantonsangestellte. Bereits in den Jahren 2005 und 2006 hat Bayard ähnliche Transaktionen getätigt. Wie die RA damals berichtete (*RA Nr 203*), lagen die Lohnbezüge Bayards im ersten Quartal 2006 um insgesamt 76 000 Franken über seinem üblichen Salär von 13 500 Franken pro Monat. Später kompensierte er diese zu hohen Bezüge auf Intervention des Finanzinspektorates. Weil Bayard damals noch im Regiestatus arbeitete, konnte er seinen zu hohen Lohn als Vorausbezug begründen und so kam es bloss zu einer Rüge durch das Finanzinspektorat.

Irreführende Verbuchungen von Vorausbezügen

Im laufenden Jahr jedoch gilt Bayard als Kantonsangestellter. Damit kann er keine Privatbezüge mehr über das Amt tätigen. Trotzdem überwies er sich weiter im Februar und März noch insgesamt 40 000 Franken. Solche Privatbezüge sind strafrechtlich relevant. Deshalb reichte das Finanzinspektorat Strafanzeige gegen Bayard ein. Hinzu kommt, dass Bayard auch im letzten Jahr – damals noch im Regiestatus – ebenfalls 40 000 Franken zusätzlich zu seinem Salär aus der Kasse des Betreibungsamtes abgezogen hat und laut FI-Bericht diesen Betrag in irreführender Weise in der Buchhaltung zu verstecken suchte. Der aktuell suspendierte Bayard, welcher diesen Sommer mit 65 Jahren in Pension geht, muss also noch insgesamt 80 000 Franken in die Kasse des Betreibungsamtes zurückzahlen. Bayard weilte zu den Vorwürfen keine Stellung nehmen und verwies auf das laufende Strafverfahren.

Steuerschulden bei Bund und Kanton

Die Rückzahlung dieser Geldbezüge dürfte für Bayard ziemlich schwierig werden, wenn man den weiteren Inhalt des FI-Berichtes zur Kenntnis nimmt. Denn dort ist von beträchtlichen Steuerschulden beim Bund und beim Kanton die Rede. Die ausstehenden Steuererbezüge betreffen die Jahre von 2003 bis 2007. Zudem hat Bayard auch für die Jahre 2008 und 2009 laut FI-Bericht noch keine Akontozahlungen geleistet, so dass der Schuldenberg durchaus auf mehr als 150 000 Franken anwachsen könnte. Bayard erklärte auf Anfrage: «*Aus meiner Sicht habe ich keine Steuerschulden. Der Fall liegt zur Zeit bei der kantonalen Steuerrekurskommission.*».
Bayard ist in den letzten Jahren immer nach demselben System vorgegangen: Zunächst hat er gegen die Steuerverrechnung Einsprache eingereicht. Nach der Ablehnung der Einsprache erhielt er die Rechnung und die Mahnungen. Dann hat er einen Zahlungsaufschub verlangt und schliesslich verhandelte er mit der kantonalen Steuerverwaltung. Um anschliessend die Zahlung seiner Steuern weiter hinauszuschieben, legte er Berichten zur Kenntnis nimmt. Denn dort ist von beträchtlichen Steuerschulden beim Finanzdepartementes. Es ist höchst erstaunlich, dass es möglich ist, dass der Betreibungsbeamte Bayard über ein halbes Jahr hinweg keine Steuern bezahlt und nicht betrieben wird.

Betreibungen gegen sich selbst behandelt

Bezüglich der Steuern in den Gemeinden Naters und Brig-Glis steht leider nichts im FI-Bericht. Auf Anfrage erklärt der Natischer Finanzchef Damian Schmid, dass man diesbezüglich mit Bayard keine Probleme mehr habe. Der Briger Finanzchef Guido Summermatter will sich dazu nicht äussern. hinzugenn antwortet er auf die Frage, wieso Bayard nicht betrieben werde, dieser werde sehr wohl betrieben. Nebst den Steuerausständen und den 40 000 Franken an ungerechtfertigten Privatbezügen, die der Kanton zurückfordert, stehen Bayard zudem Betreibungen in der Höhe von über 60 000 Franken ins Haus. Die Höhe dieses Betrages wird von den Sozialversicherungen betrieben, vor allem die Ausgleichskasse, die andern Hälfte von zwei Privaten, deren Interessen das Anwaltbüro «*Pfammatter und Inderkummen*» vertritt. Erstaunlicherweise laufen die Betreibungen Bayards über das Betreibungsamt Brig. Dieberzeglich ist dem FI-Bericht zu entnehmen, dass Bayard die Betreibungen gegen sich wenig gegen seinen Sohn selber behandelt hat, obwohl dies generell ausdrücklich untersagt ist.

Paul-Bernhard Bayard:

Die Personifizierung des CVP-Filzes

- 70er Jahre: Sekretariat der CVP Naters
- 1981–1992: Präsident der CVP Brig
- 1981–1992: Sekretär der CVPO
- 1989–1993: CVPO-Grossrat; vorher CVPO-Suppleant
- Seit 1980: Inhaber des Treuhandbüros Bayard in Brig
- Seit 1988: Vorsteher des Betreibungs- und Konkursamtes des Bezirkes Brig
- 1980–1991: OGA-Sekretär; gleichzeitig TCS-Regionalsekretär
- 1986–1992: Vorstand des Walliser Gewerbeverbandes
- 1992–2001: Präsident des Walliser Gewerbeverbandes
- Seit 1994: Präsident der Vereinigung Oberwalliser Verkehr und Tourismus
- Ehemaliges Mitglied des Komitees der Walliser Industrie- und Handelskammer
- Ehemaliges Vorstandsmitglied der Schweizerischen Gewerbekammer

Skandalöse Schonfrist von sieben Jahren

CVP-Ständerat Fournier trägt die politische Verantwortung

Die Strafuntersuchung gegen Paul-Bernhard Bayard ist nicht die erste. Bereits im Jahre 2002 eröffnete das kantonale Untersuchungsrichteramt in der Affäre «*Conti Neri*» ein Strafverfahren gegen ihn, welches mit einer rechtskräftigen Verurteilung endete. Doch Staatsrat Jean-René Fournier weigerte sich immer standhaft, den Briger Betreibungsbeamten zu suspendieren. Jetzt wird Fournier von der Geschichte eingeholt.

(kim) Im Februar 2002 veröffentlichte die RA die Fakten zur Affäre «*Conti Neri*» (siehe Zeitungsausschnitte oben) und deponierte gleichzeitig eine achtseitige Schwarzgeld-Liste der ehemaligen Möbelfirma Gertschen beim kantonalen Untersuchungsrichter. Über das Schwarzgeld-Konto wurden rund 1,3 Millionen Franken am Fiskus und an den Sozialkassen vorbeigeschleust. Auf der Liste standen einerseits die Namen von Dutzenden von Kunden der Möbelfabrik, andererseits die Namen von Arbeitnehmern. Auch der Name von Paul-Bernhard Bayard, dem damaligen VR-Präsidenten, figurierte prominent darauf.

Jean-René Fourniers Protektion bis zum Schluss

Der kantonale Untersuchungsrichter entdeckte ein Strafverfahren gegen Bayard und weitere Verantwortliche. Zudem wurden umfangreiche Verfahren der Steuerbehörden und der Sozialversicherungen eingeleitet. Die SPO-Fraktion forderte die Suspendierung Bayards. Doch Fournier legte seine Hand schützend über den einflussreichen CVP-Mann, welcher jegliche Mitwisserschaft konsequent abbestritt. An Fourniers Haltung änderte sich auch darin nichts, als Bayard im Jahre 2005 vom Bezirksgericht Brig zu einer bedingten Gefängnisstrafe von 30 Tagen verurteilt wurde. Ein Jahr später wandelte das Kantonsgericht die Gefängnisstrafe in eine Busse von lächerlichen 1 000 Franken um, obwohl das Kantonsgerichts festhielt, dass Bayard von den Schwarzgeldern gewusst hatte und dass er folglich die Öffentlichkeit und die Justiz jahrelang an der Nase herumführt hat. Just zu dieser Zeit hörte Bayard auf, Kantons- und Bundessteuern zu zahlen.

Fournier in Bayards Fussstapfen

Vor kurzem schloss sich nun auch ein anderer CVP-Kreis, Pikanterweise heisst der neue Präsident des Walliser Gewerbeverbandes Jean-René Fournier und wird damit zum indirekten Nachfolger von Bayard, welcher den Gewerbeverband von 1992 bis 2001 präsidiert hatte.

Bayard-Protektor Jean-René Fournier: indirekter Nachfolger des Präsidenten des Walliser Gewerbeverbandes.

Zehn Jahre Schlagzeilen: Der letzte RA-Artikel erschien 2009.

Reinhold Schnyder, Grossrat, Leuk-Susten

Wir sind für eine zielgerichtete Integrationspolitik. Dazu gehört die Förderung der Aus- und Weiterbildung auf allen Ebenen. **Die beste Integration der AusländerInnen läuft über die Sprachschulung und Berufsbildung.**

Hans-Josef Jossen, Gemeindevizepräsident, Naters

Für einen starken Service Public von Post, Bahn, öffentlichem Verkehr, Swisscom und Glasfaserkabel-Anbieter in den Berg- und Randregionen. Damit das Wallis nicht noch mehr aufs Abstellgleis gerät.

Christa Furrer-Treyer, Pflegeexpertin, Ausserberg

Für ein gutes Gesundheitswesen und eine **Finanzierung der Langzeitpflege** durch die öffentliche Hand. Zudem braucht es **Massnahmen für das Pflegepersonal**. Wir unterstützen die **Initiative «Ja zur Hausarztmedizin».**

Doris Schmidhalter-Näfen, Grossrätin, Ried-Brig

Güter gehören auf die Bahn. Wir fordern den sofortigen **Vollausbau des Lötschberg-Basistunnels** inklusive Westanschluss Steg/Gampel und **den Lastwagen-Verlad** durch den Simplontunnel.

Gilbert Truffer-Dias, Grossratssuppleant, Visp

Für gute Löhne und Renten, für faire Mindestlöhne, Lohngerechtigkeit und -gleichheit. Ohne sozialverträgliche Frühpensionierungen für alle ab 62 sind wir gegen das höhere Rentenalter 65 für Frauen.

In den Ständerat: Beat Jost, alt Grossrat, Albinen/Obergoms

Für den Werkplatz – statt die Spekulanten. Kein Kanton leidet mehr unter dem harten Franken als das Wallis. Wir brauchen einen Frankenkurs von 1.45. **Dann muss die Lonza die Arbeitszeiterhöhung rückgängig machen.**

JUSO Oberwallis
Liste Nr. 5

Nationalratswahlen SPO Liste Nr. 2 / JUSOO Liste Nr. 5

FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

Am 23. Oktober kommt es auf jede Liste an – damit die SP Oberwallis in Bern wieder die Interessen des Wallis verteidigen kann.

Ein anderer Blickwinkel

«Nein, ich mag keine Devisen zum Frühstück»

Laura Kronig

Devisen ist der Oberbegriff für Währungen jeglicher Art. So wie Äpfel, Birnen und Aprikosen allesamt Früchte sind. Und genau wie es einen Markt für Birnen gibt, gibt es auch einen für Schweizer Franken. Oder für den Euro.
Auch verhält sich der Devisenmarkt ähnlich wie der Früchtemarkt: Sind Aprikosen knapp, kosten sie viel. Gibt es viele Aprikosen im Angebot, dann sinkt der Preis. Deshalb haben die Walliser Obstbauern 1953 in Saxon die Güterwagen voller Aprikosen aus dem Ausland gekippt und angezündet. Sie wollten nicht, dass der Aprikosenpreis in der Schweiz sinkt. Dasselbe gilt auch für Devisen: Sind viele Schweizer Franken im Umlauf, dann kostet unsere Währung weniger, sie verliert an Wert. Wir kaufen Aprikosen, um sie zu essen. Weshalb werden Schweizer Franken gekauft? Will ein Franzose eine Schweizer Uhr erstehen, muss er zuerst seine Euros in Schweizer Franken wechseln. So wird für jedes Produkt, dass aus der Schweiz ins Ausland verkauft wird, entsprechend mehr von der Schweizer Währung nachgefragt. Und je beliebter etwas ist – hier der Schweizer Franken – desto mehr kostet es. Ein starker Franken ist also in erster Linie ein Zeichen, dass es der Schweizer Wirtschaft gut geht.
Doch nicht nur deshalb ist der Schweizer Franken stark, müssen viele Euros oder Dollars für 100 Franken auf den Tisch gelegt werden. Der Franken gilt auch als sichere Währung. Es gibt ihn schon lange und die Schweiz als Staat sowie ihre Wirtschaft sind sehr stabil. In stürmischen Zeiten deponieren deshalb ausländische Anleger ihr Geld im sicheren Hafen des Schweizer Frankens. Und im Euroland stürmt es momentan gewaltig, das Vertrauen in den Euro ist stark angeschlagen und die Flucht in unsere Währung naheliegend. Dies zieht auch Spekulanten an: Sie rechnen damit, dass der Schweizer Franken in die Höhe schnellt und setzen darauf. Während die Realwirtschaft, allen voran die Exportbranche und der Tourismus, unter dem starken Franken leidet, erzielen Anleger und Hedgefonds Gewinne aus diesen Spekulationen.
Die Finanzwirtschaft hat die Realwirtschaft längst überholt, je nach Berechnungsgrundlagen ist sie um 35 – 70 Mal grösser. Und im Gegensatz zur Realwirtschaft, wo Produktionszeit vergeht bis das fertige Produkt zum Verkauf bereitsteht, können in der Finanzwelt immense Summen per Knopfdruck verschoben werden. Deshalb ist es heute nicht mehr in erster Linie der Exportüberschuss, der den Schweizer Franken in die Höhe treibt, sondern die Finanzspekulationen. Sie sind um ein Vielfaches grösser und können schneller agieren als die Realwirtschaft.
In der Finanzkrise hatten Bundesrat und Nationalbank schnell und unbürokratisch sehr viel Geld zur Hand um die UBS zu retten. Nun, da die Exportwirtschaft und der Tourismus vom starken Franken erdrückt werden, zögern sie. Doch wir leben von der Realwirtschaft, dort verdienen wir Normalsterblichen unsere Brötchen, dort kaufen wir ein. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Spekulanten an die kurze Leine nehmen und der Realwirtschaft unter die Arme greifen.
Indem die Nationalbank ein Wechselkursziel anstrebt und der Bundesrat Impulsprogramme schneidert, die diesen Namen verdienen und Gesetze ausarbeitet, welche die Investmentbanker zügeln. Denn ich mag lieber Gipfeli statt Devisen zum Frühstück.

Buchtipp:

Eigensinnige Frauen

Liberal und eigensinnig
Von Elisabeth Joris
Verlag: Chronos, Zürich
ISBN: 978-3-0340-1043-6

Die aus Visp stammende Historikerin Elisabeth Joris wagt mit ihrem Buch «Liberal und eigensinnig» einen vertieften Blick auf zwei spezielle Frauenbiografien aus dem 19. Jahrhundert. Anhand zweier Persönlichkeiten zeigt die in Zürich lebende Buchautorin auf, was für Möglichkeiten Frauen des liberalen Bürgertums im 19. Jahrhundert hatten. Mit ihrem Buch betritt Joris Neuland – bisher liegt kein ähnliches Werk zum Thema vor.
Die erste Frau in Joris' Doppelbiografie ist Josephine Stadlin. Sie wurde 1806 in Zug als ältestes von neun Kindern geboren. Ihr Vater, starb früh, so dass die junge Josephine die Verantwortung für die Familie übernehmen musste. Eigentlich als Näherin ausgebildet, absolviert die junge Frau eine Ausbildung zur Lehrerin am Pestalozzi-Institut in Yverdon. Nach ihrer Ausbildung unterrichtete sie selbst junge Lehrerinnen im Aargau. Später gründete sie selbst ein Institut zur Ausbildung junger Frauen für den Lehrerinnenberuf. Nach anfänglichem Erfolg musste es aber geschlossen werden – in der damaligen Schweiz war das Unterrichten eine absolute Männerdomäne.
Die zweite Frau, Emilie Paravicini-Blumer stammte aus dem Kanton Glarus – sie wurde 1808 in Mollis geboren. Sie konnte nur aus ihrer damals Vorgesehenen Rolle ausbrechen, weil sie mit einem debilen Mann verheiratet wurde. Als sein Vormund, konnte sie ihr Leben in den engen Grenzen des damaligen Familienlebens gestalten. Der Preis dafür war aber hoch: Als 16-jähriges Mädchen wurde Emilie Blumer verheiratet – die junge Frau war aber mehr Mutter als Frau. Die junge Frau organisierte früh Geldsammlungen für Flüchtlinge – ihr Projekt für eine Töchterschule konnte aber nicht realisiert werden. Stattdessen wurde in Glarus 1838 eine Handarbeitsschule gegründet. Darüber hinaus engagierte sich die finanziell unabhängige Frau stark für die Homöopathie.
Auch die NZZ hatte für Joris' neues Werk Lob übrig: «Als eine Geschichte auch der Gefühle wirft Joris' Studie ein neues Licht auf das Politische des bürgerlichen Zeitalters.»

Cyrill Pinto

Im Arbeitszimmer: Der junge Lukacs auf einer Aufnahme von 1913.

Grafik dkp

Georg Lukacs: Geschichte und Klassenbewusstsein

VON HILAR EGGEL

Georg Lukacs wurde 1885 in Budapest geboren und studierte dort Philosophie. Unter dem Eindruck des ersten Weltkriegs trat er in die kommunistische Partei ein. 1919 wurde er ins Zentralkomitee gewählt. Nach dem Sturz der Regierung lebte er in Österreich und in Deutschland. Nach 1933 entstanden seine grossen literaturhistorischen Untersuchungen. 1944 übernahm er eine Professur in Budapest. Ab 1957 widmete er sich ausschliesslich der wissenschaftlichen Arbeit. Am 4. Juni 1971 starb Georg Lukacs in Budapest.

Lukacs hat sich sehr früh mit der Philosophie auseinandergesetzt. Bereits in der Heidelberger Zeit (1912-14) hat er eine Philosophie der Kunst und eine der Ästhetik konzipiert und einen Entwurf geschrieben. Diese Ansätze hat er in seinen letzten Lebensjahren wiederaufgenommen. Dies macht deutlich, wie wichtig für ihn die Bearbeitung dieser Themen war.

Dabei hat er sich an Vordenkern wie Hegel und Marx orientiert und ihre Methoden übernommen, in der Hoffnung, neue zu finden, um die Wirklichkeit, das einzige, was Hoffnung macht, erkennen, bearbeiten und fortschrittlich revolutionieren zu können. Am Ende hat die Haltung des Aufklärers, dem der Weg vor dem Ziel rangiert, der das Suchen vor dem Finden, die Geschichte vor das Sein, den Prozess vor das Urteil setzt, gesiegt: wir sehen den alten Weisen als naiven Suchenden in der Gewissheit, subjektiv überschritten zu werden, aber objektiv im Spiel zwischen Erkenntnis und Wirklichkeit aufgehoben zu sein.

Lukacs hat einmal gesagt, dass er vielleicht nie einen guten Satz geschrieben, dafür aber einige wichtige Bücher veröffentlicht habe. Diese Aussage macht deutlich, wie schwierig es ist, ihn zu verstehen. Will man ihn ernst nehmen, so darf man nicht berücksichtigen, was er selber für wichtig gehalten hat. Dies gilt besonders für «Geschichte und Klassenbewusstsein», seine wirkungsvollste Publikation, die die Vordenker des westlichen Marxismus beeinflusst hat. Obwohl dieses Buch aus einer Zusammenstellung von Artikeln entstanden ist, kann man es nicht wieder in seine Bestandteile zerlegen, ohne damit seine Wirkungskraft zu zerstören.

Gesellschaftliche Zusammenhänge

Lukacs' Denken ist wesentlich durch die Kategorie vom Zusammenwirken von Sein und Bewusstsein, von Gegenwart und Geschichte, von Praxis und Theorie bestimmt. Er war entscheidend von Hegel und Marx beeinflusst. Erkenntnis von reinen Tatsachen gibt es für ihn nicht. Es nützt nichts, das So-Sein eines Faktums aufzufassen: wenn man es nicht in den Zusammenhang der gesellschaftlichen Verhältnisse stellen kann. Wenn man nicht seine Momenthaftigkeit begreift, bleibt es unwesentlich. Diese Fähigkeit, gesellschaftliche Zusammenhänge herzustellen, ist aber keine statische, feste, abgegrenzte, sondern vielmehr dynamisch ausgerichtet. Das heisst, sie besteht aus vergangener wie auch zukünftiger Geschichte. Durch die Erschaffung von Zukunft und die Aufarbeitung von Vergangenheit wird die Aktualität erfassbar und erklärbar. Immer ist der Mensch von der Gesellschaft bestimmt, auch wenn er von sich ein Bild in Kunst, Wissenschaft und Ökonomie entwirft.

Verbindung von Subjekt und Objekt

Lukacs stellte sich in seinen Schriften immer wieder die Frage, wer handlungsfähiges Subjekt und was Objekt der Geschichte ist. Den Dualismus hielt er aber für falsch. Sein marxistischer Standpunkt gab ihm die Möglichkeit, im gesellschaftlichen Prozess die Verbindung von Subjekt und Objekt herzustellen. Für ihn bedeutete dies, dass die Interessen der Arbeiterklasse mit denen der Gattung zusammenfallen. Gleichzeitig sollte – in der Produktion erfindend und in der Politik revolutionierend – die Einheit von Sein und Bewusstsein, von Praxis und Theorie, von Objekt und Subjekt vollzogen werden. Für ihn war die Arbeiterklasse die Schubkraft, die die nun beginnende Geschichte benötigte. Der berühmt-berüchtigte Satz «Das Schicksal der Revolution hängt vom Klassenbewusstsein ab» meinte nicht nur das Individuum, dem die Objektwelt immer starr gegenübersteht, sondern die Klasse, die sich im eigenen Schicksal «praktisch umwälzend auf die Totalität der Wirklichkeit beziehen» kann.

Positivismus und Rationalismus

Lukacs kritisierte auch den Positivismus und den Rationalismus, sofern sie sich ausschliesslich als Zugang zur so seienden Wirklichkeit definieren. Daraus folgt, dass jede partikulare Auffassungsweise falsche Realität hervorbringen und letzten Endes das darauf basierende Leben verfälschen muss. Deshalb lehnte er die «Tatsachenwissenschaften» ab und hielt auch in seinem Spätwerk – der Ontologie – an diesem Standpunkt fest: menschliche Teleologie und Rationalität sind im geschichtlichen Prozess zu finden.

Im Spätwerk «Ästhetik» hat Lukacs die Summe seines Lebenswerks gezogen. Er hat von Beginn seiner philosophischen, politischen und literarischen Tätigkeit an nie einen Zweifel daran gelassen, dass er die Zeugnisse der Kunst als das Gedächtnis der Menschheit betrachte und dass sich ihm darin die Entwicklung der Gattung darstelle, gleichzeitig jeweils mit den für jede Epoche höchst erreichbaren Fragen, das heisst auch den Chancen, fortzuschreiten.

Er versuchte – nach Beendigung seiner politischen Laufbahn – nun von einem durch den Marxismus, seine Methoden und Praxis beeinflussten Standpunkt aus, die Totalität in den Phänomenen der Kunst zu finden. Man kann sicher sagen, dass Lukacs seine literaturhistorischen und -theoretischen Arbeiten insgesamt im Licht von Kunst, Ästhetik gesehen hat.

Politisches Engagement

Lukacs richtete seine intellektuelle Kraft politisch engagiert aus und konzentrierte sich daher auch auf die praktisch-politische Veränderung der Wirklichkeit: in der ungarischen Revolution, im antifaschistischen Kampf vor 1933, in der Moskauer Emigration, schliesslich in der ungarischen Revolution von 1956.

Lukacs hatte seine eigenen Instrumente, die er als Sprengkraft einsetzte. Er beförderte mit der Schubkraft der Hegel- / Marxschen Dialektik die Ideen der Aufklärung in die Köpfe der Menschen … und wartete. Er war der Auffassung, dass Menschen «antwortende Wesen» sind. Deshalb mussten sie über kurz oder lang ihre Wirkungen zeigen. Und die Wirklichkeit hat seinen aufklärerischen Optimismus bestätigt: die gequälten Ausbrüche seiner Genossen in Ungarn und der Sowjetunion, die bis zu seinem Parteiausschluss führten, die erbitterten ideologischen Angriffe von westlicher Seite, die scharfe Kritik seiner politischen Thesen auch von Seiten seiner Schüler – das alles hat ihn mehr gefreut als geärgert.

> «Eine Krise, gebildet durch die Entwertung der obersten Werte der Demokratie»
>
> **Lukacs: «Die Zerstörung der Vernunft»**

Die Krise als Entwertung der Werte

Im grossen Essay über «Aristokratische und demokratische Weltanschauung» formulierte Lukacs eine brillante und konsistente Zusammenfassung der politischen Forderungen aus seiner Theorie, sowohl aus den literaturwissenschaftlichen, wie insbesondere den philosophischen Kampfschriften (zum Beispiel «Die Zerstörung der Vernunft»). Hier ist der politische Lukacs ganz bei sich und gleichzeitig auf der Höhe der Zeit.

Unmittelbar nach der kriegerischen Überwindung des Faschismus durch die westlichen Demokratien, auf dem Höhepunkt des europäisch-humanistischen Optimismus, begründete er seine Warnung, dass die Krise der Gegenwart durchaus nicht bewältigt sei, eine Krise, die sich aus der Entwertung der obersten Werte von Demokratie, Fortschritt, Vernunft und Humanismus gebildet habe.

Was die Krise der Vernunft betrifft, war Lukacs der Meinung, dass der theoretische Kampf um das «Reich der Vernunft» in der Aufklärung praktisch erst durch die Französische Revolution und zwar positiv – entschieden worden ist. Dieses Reich der Vernunft hat sich dann aber widervernünftig, das heisst im Sinne der vernünftig nicht mehr zu rechtfertigenden Herrschaftspraxis des Bürgertums entwickelt, so dass verschiedene Lösungen des Widerspruchs dieser Dialektik der Vernunft, möglich waren: einmal die Festschreibung bürgerlicher machterhaltender Rationalität als Vernunft und zusätzlich die Erklärung, dass die Geschichte und Wirklichkeit unvernünftig seien. Bei Hegel fand er eine andere Methode, der er sich mit den Klassikern des Marxismus verpflichtet fühlte: die Widersprüche sind nämlich dazu da, die Vernunft weiterzutreiben zu je besseren historischen Verwirklichungen.

Sozialismus und Demokratie

Lukacs postulierte ein Bündnis zwischen Sozialismus und Demokratie, wobei diese Vision eine tiefe weltanschaulich-philosophische Fundierung erfordert, um aus dem Bereich des Utopischen in den der Wirklichkeit eintreten zu können. Der «weltanschauliche Umbau» setzt voraus, dass es keine aristokratischen Sonderrechte geben darf. Jeder muss sich praktisch auf Freiheit, Gleichheit, Fortschritt und Vernunft berufen und diese idealen Forderungen praktisch leben können. Ausdrücklich bezog sich Lukacs auf die «Leuchtkraft und Inhaltsfülle» der zweiten französischen Revolutionsverfassung und auf die Oktoberrevolution. Er insistierte aber darauf, dass es in modernen hochbevölkerten Flächenstaaten nur repräsentative, aber keine unmittelbare Demokratie geben könne. Er verwies auf die Bedeutung der plebiszitären Elemente in der ersten Phase der Sowjetunion und meinte, dass die antifaschistischen Widerstandsbewegungen voller Momente unmittelbarer Demokratie gewesen seien.

Deshalb forderte er eine unmittelbare Demokratie im Gegensatz zur formellen so, als ob er geahnt hätte, was sich im Zeichen sogenannter Unregierbarkeit zwar mühsam und mit vielen Widerständen, aber durchaus wirksam durchsetzt: die Bewegung der DemokratInnen in Bürgerinitiativen und unmittelbaren Aktionen nicht gegen, sondern für eine vernünftige, sozialistische Demokratie.

Im Gespräch: Georg Lukacs mit Anna Seghers auf einer Aufnahme von 1952.

Weiterführende Literatur

Geschichte und Klassenbewusstsein
Neuwied, 1952

Die Theorie des Romans
Neuwied, 1971

Gelebtes Denken. Eine Autobiographie im Dialog
Suhrkamp, 1981

Tipp

Freda Goodlett
Freitag, 7. Oktober, 20.30 Uhr, Kellertheater, Brig

www.fredagoodlett.com

Die in der Schweiz lebende US-Amerikanerin Freda Goodlett gehört zu den gefragtesten Sängerinnen des Landes.
Goodlett wird auch schlicht «The Voice» genannt – allein das sagt schon alles.
In Brig wagt sich Goodlett mit ihrem ersten Soloprojekt auf die Bühne. Vor einem Jahr begann sie die Arbeiten an ihrem Album, «Return of the Black Pearl», mit dem sie jetzt auf Tour ist.
Das Briger Publikum erwartet eine charismatische Sängerin, die mit ihrer Stimme groovige und kraftvolle Songs vorantreibt. Eindrücklich und ergreifend sind die ruhigeren Songs.
Mit Peter Finc an der Gitarre, Severin Graf am Bass, Chrigu Gerber am Schlagzeug und Marcello Walburger am Keyboard, wird Freda Goodlett definitiv zum Erlebnis. (ra)

KINO ASTORIA, VISP
DER BESONDERE FILM
www.kino-astoria.ch

Montag, 26. September, 20.30 Uhr
La Princesse de Montpensier
Frankreich 1562: Die adlige Schönheit Marie de Mézières ist unsterblich in den draufgängerischen Herzog Henri de Guise verliebt, aber ihr Vater hat ihre Hand bereits dem Fürsten Philippe de Montpensier versprochen. Nur widerwillig lässt sie sich auf die standesgemässe Heirat ein. Kurz nach der Hochzeit zieht Philippe in den Krieg. Von der Einsamkeit heimgesucht, hängt die junge Frau immer noch Henri de Guise nach.

Montag, 3. Oktober, 20.30 Uhr
La prima cosa bella
Sommer 1971, Die atemberaubende Anna nimmt an einem Schönheitswettbewerb am Strand von Livorno teil - und gewinnt. Die anzüglichen Pfiffe der Männer machen ihren Gatten rasend, ihr achtjähriger Sohn Bruno ist vom Spektakel entsetzt. Die Gegenwart: Bruno hat Livorno schon lange hinter sich gelassen. Als er erfährt, dass seine Mutter Krebs hat, versucht er, sich um die Heimfahrt zu drücken. Schliesslich fährt er doch.

Montag, 10. Oktober, 20.30 Uhr
The Beaver
Walter Black (Mel Gibson) leidet an einer tiefen Depression. Während sein jüngster Sohn Henry zum Aussenseiter mutiert und der ältere krampfhaft versucht, eine gleich verlaufende Zukunft wie die seines Vaters zu verhindern, verkriecht sich seine Frau Meredith (Jodie Foster) in der Arbeit und schaut dem hilflosen Zerfall ihres Mannes zu.
Nach seinem Rausschmiss und dem misslungenen

Suizidversuchs, freundet er sich mit einer gefundenen Biberpuppe an. Sie wird zu seinem engsten Freund und gibt Walter neuen Lebensmut. Bald scheint sich auch das Leben von Walters Familie zum Besseren zu wenden. Als die Puppe dann jedoch beginnt Überhand zu nehmen, ist Walter gezwungen, sich zwischen seiner Familie und dem bedeutsamen Biber zu entscheiden.

Kellertheater Brig
www.kellertheater.ch

Samstag, 24. September, 20.30 Uhr
Luka Bloom
www.lukabloom.com.

Freitag, 30. September, 20.30 Uhr
Theater Klappsitz
Drei Menschen berichten vom Scheitern ihres Versuchs aus ihrem bisherigen Leben auszubrechen. Ein Theater von Alan Bennett. Regie: Bernd Rumpf.

ZEUGHAUS KULTUR, GLIS
www.zeughauskultur.ch

Mittwoch, 28. September, 20 Uhr
Ums›n jip four
Eine Kammeroper/Musiktheater für Stimme, Violine, Blockflöten und Elektronik von UMS ´n JIP.

Freitag, .28. Oktober, 20 Uhr
Soulmate
Deep Emotions Dance Company, Tanztheater.

Mittwoch 2. bis Sonntag 6. November, 20 Uhr
Berg Buch Brig
www.bergbuchbrig.ct

POLIT-AGENDA
www.roteanneliese.ch

SP Oberwallis

Freitag, 23. September, 19 Uhr, Dilei Susten
Wahlveranstaltung der SP Leuk
Organisiert von der SP-Sektion Leuk.

23, 24. September, Leuk
SP-Solarmobil
SP-Kandidaten mit dem Solarmobil unterwegs.

Unia Jugend

Samstag, 24. September, 11.30 Uhr ab Brig und 11.40 ab Visp
Bauarbeiter-Demo in Bern
Die Unia Jugend formiert einen Jugendblock um gegen den Lohnabbau zu demonstrieren.

Samstag, 1. Oktober, Bern
Demo «Solidarität mit den Sans Papiers»
Die Unia Jugend organisiert einen Bus fü die Hin- und Rückfahrt.

Dicke Eier

Gerissene Schafe stören Wanderer

LÖTSCHEN – Wer CVP-Fraktionschef Beat Rieder für einen Poltiker hält, liegt falsch. Ganz falsch. Der Mann ist nämlich in Tat und Wahrheit ein Komiker – im Gewand eines Politikers. Ein Horst Schlämmer der Walliser Politik sozusagen.

Beat Rieder
CVP-Fraktionschef

Anders sind die Aussagen des Lötschentalers nicht zu interpretieren, die er in einem Radio-Interview von sich gab: «Touristen würden am Wegrand auf X Kadaver von toten Schafen stossen – das schade dem Image des Kantons als Tourismusland», sagte Rieder dort und forderte deshalb den Abschuss des Wolfes. Ja, Herr Rieder. Diese Masssnahme wäre für den Tourismuskanton bestimmt sehr imagefördernd. (cp)

Sicherheit hat Hochkonjunktur

BRIG-GLIS – Zurzeit scheint ein Wirtschaftszweig von jeglicher flaute in der Weltkonjunktur verschont – er verhält sich sogar antizyklisch: die Sicherheitsbranche. Ganz gut beobachten lässt sich dies auch hier bei uns. Allenorten werden Videokameras installiert, die zwar kein Verbrechen verhindern, aber dem Bürger ein subjektives Sicherheitsgefühl vermitteln sollen. Visp hat sie schon, Brig installiert sie gerade und in Naters ist man drauf und dran die teuren Dinger aufzuhängen. Besonders gut veranschaulicht den Boom in der hiesigen Sicherheitsbranche ein anderer Kauf. Die Stadtpolizei Brig-Glis geht seit kurzem mit einem neuen Mercedes auf Verbrecherjagd.

Botschafter Raymund wer?

BRIG-GLIS – Ob die neue Radiosendung von CVP-Nationalrätin Viola Amherd nicht gegen das Fernmeldegesetz verstösst, darüber scheiden sich die Geister. Wir finden: Ganz klar Ja. Zumindest ist die Sendung in einem Wahljar höchst problematisch. Ob aber bei der Sendung aus dem Schloss journalistische Massstäbe eingehalten werden, ist das Urteil klar: Nein. Ganz peinlich wird es dann, wenn Amherd ahnungslos drauflos plaudert. Das ihr Gast Raymond Loretan vor seiner Zeit in New York im Departement Cotti die Fäden zog, musst der dem CVP-Küken Amherd erst noch erklären.

Viola Amherd
CVP-Nationalrätin

Die kritische Oberwalliser Zeitung.
Ein Abo der Roten Anneliese.

- Ich bestelle ein RA-Abo für 50 Franken.
- Ich verschenke ein RA-Abo für 50 Franken (Rechnung an mich).
- Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis von 25 Franken.

Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort

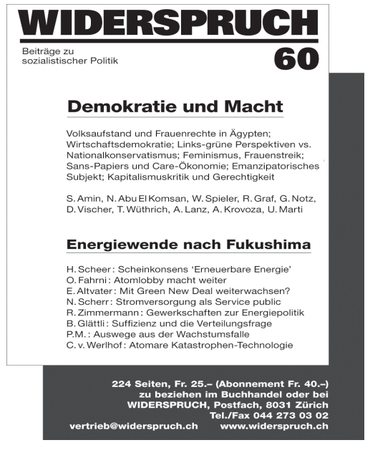
Geschenk-Abo an:
Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort

Rückblick & Reaktionen

RA Nr. 218
«Gestörtes Vertrauensverhältnis»

Vor den Sommerferien gingen die Wogen in Guttet-Feschel hoch. Grund ist die Entlassung der langjährigen Kindergärtnerin Andrea Wehrlin.

An der Urversammlung von Guttet-Feschel, die kurz nach Veröffentlichung des Artikels stattfand, stellten mehrere Bürger kritische Fragen. Etliche Leute wollten an der Versammlung Gründe für die Entlassung der beliebten Kindergartenlehrerin wissen. Der Gemeinderat versteckte sich an der Versammlung hinter dem «laufenden Verfahren». Und: Offenbar mussten Lehrer der Schule in Guttet-Feschel nach dem Artikel in der «RA» eine Erklärung unterschreiben, dass sie mit niemandem über die Schule sprechen – ansonsten drohen ihnen rechtliche Schritte.
Die «Rote Anneliese» bleibt dran. (cp)



Der neue Widerspruch über Demokratie und Macht

Die Zeitschrift Widerspruch gibt es schon 30 Jahre – jetzt ist das 60. Heft erschienen.Hauptthema im Heft sind die Aufstände gegen Regimes in Nordafrika. Interessant ist der Text von Soziologe Samir Amin – er kommt zum Schluss, dass in Ägypten nich nur die Herrschaft von Mubarak beendet wurde, sondern auch die neoliberale Herrschaft. In einem weiteren Beitrag weist die ägyptische Anwältin Nehad Abu al-Komsan darauf hin, dass auffallend viele Frauen am Aufstand teilnehmen. In ihrem Beitrag demontiert sie westliche Zerrbilder des Islam.
Ausserdem befasst sich das Heft mit den Wahlen im Oktober. Beiträge zur Energie- und Wirtschaftspolitik bilden den zweiten Hauptteil des Heftes, das auch diesmal mit prominenten Autoren aufwarten kann. (cp)

WKB-Hauptsitz in Sitten: Der Staat schenkt der Bank jährlich 10 Millionen. wkb

WKB-Dividenden

Schonkur für die Kantonalbank – Runde sieben

SITTEN – Der Kanton Wallis ist der einzige Kanton in der Schweiz, der von seiner Kantonalbank die Ausbezahlung einer tieferen Dividende als üblich akzeptiert. Das Parlament wiederholt seine Kritik an diesem Vorgehen – ohne dass etwas passiert.

Inzwischen häufen sich die entgangenen Einnahmen für den Kanton Wallis: auf über 70 Millionen Franken. 70 Millionen, die der Kanton als Mehrheitsaktionär der Walliser Kantonalbank, gut hätte investieren können.

Der Vorgang ist der Schweiz einmalig – kein anderer Kanton verzichtet auf einen Teil seiner Dividenden, wie es der Kanton Wallis tut. Die «Rote Anneliese» hat dieses Vorgehen mehrmals kritisiert – auch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Rates übte Ende Mai wiederholt Kritik an dem Vorgehen: «Die Dividende des Kantons auf seinen Aktien liegt unter dem schweizerischen Mittel – die GPK fordert deshalb konkrete Vorschläge der zu ergreifenden Massnahmen», heisst es in der Stellungnahme der GPK zum Geschäftsbericht 2010 der Kantonalbank.

Dabei geht es der WKB blendend. Die Kantonalbanken gehören zusammen mit der Postfinance und den Raiffeisenbanken zu den Gewinnern der Finanzkrise. Tausende Schweizer Sparer zügelten seit 2008 ihr Erspartes von den Grossbanken zu ihnen. 2010 durchbrach die Bilanzsumme der Walliser Kantonalbank erstmals in ihrer Geschichte die 10-Milliarden-Grenze. Das schlägt sich auch in den Zahlen der Walliser Kantonalbank nieder: Von 36 Millionen auf fast 51,7 Millionen Franken wuchs der Gewinn der WKB seit 2008. Der Deckungsrad mit Eigenmitteln beträgt inzwischen 181 Prozent und erfüllt damit die gesetzlichen Vorgaben zur Eigenmitteldecke.

Analog zum guten Ergebnis der Bank wurde die Ausschüttung der Dividenden erhöht: 21,5 Prozent erhielten die Aktieninhaber 2010 ausbezahlt. Nur der Kanton erhält bloss 12,5 Prozent.

Mit dem vom Staatsrat genehmigten Dividendensatz kommt der Kanton auf 13,8 Millionen Franken Ertrag aus seiner WKB-Beteiligung. Würde derselbe Satz wie für Privatanleger gelten, wären es 23,7 Millionen Franken. Der Kanton verzichtete im Jahr 2010 also auf über 10 Millionen Franken.

Dieses Vorgehen hat System: In den letzten sieben Jahren entgingen dem Kanton Wallis wegen der unterschiedlichen Dividendenpolitik insgesamt 70 Millionen Franken. Diese unterschiedlich hohe Dividendenausschüttung stiess wiederholt auf massive Kritik.

Rückblick: 2007 verlangte das Finanzinspektorat vom Staatsrat eine Stellungnahme zu den tiefer angesetzten WKB-Dividenden. Die GPK doppelte nach: Sie verlangte eine Vergleichsstudie. Damals für das Dossier zuständig war Staatsrat Jean-Réne Fournier. Er schielte damals auf das lukrative Mandat des Verwaltungsratspräsidenten der Kantonalbank. Doch auch der nun neu zuständige Staatsrat Maurice Tornay schubladisierte die Forderungen von FI und GPK. Und gab dann die lange geforderte Studie in Auftrag, die nun vorliegt. Darin wird bestätigt, was RA-Leser schon lange wissen: «Der Kapitalertrag des Kantons aus seiner WKB-Beteiligung ist im Durchschnitt drei Mal tiefer als bei anderen Kantonalbanken.»

> «Wir halten uns die Option offen, die Dividenden zu erhöhen.»
>
> **Staatsrat**

Trotz dieses Missverhältnisses will der Staatsrat offenbar auf eine Anpassung der Dividendenpolitik verzichten. In seiner Stellungnahme an den Grossen Rat heisst es lediglich: «Der Staatsrat behält sich die Option vor, die Dividendenhöhe seiner Aktien zu verbessern.» 10 Millionen? Der Kanton Wallis hat dieses Geld offenbar nicht nötig. (cp)

Honorare im Fokus

Im Frühjahr 2010 beauftrage der Staatsrat eine Bankenrevisionsgesellschaft damit, die Dividendenausschüttung der WKB unter die Lupe zu nehmen. Auch die Honorare der WKB-Generaldirektion und des Verwaltungsrats sollten mit ähnlich grossen Kantonalbanken verglichen werden. Das Ergebnis ist in einer Zusammenfassung des Staatsrats zu lesen. Dort wird die RA-Kritik weitgehend bestätigt. Die Entschädigung für den Verwaltungsrat liege bei der WKB höher als bei anderen KBs. Auch die Entschädigungen der Generaldirektion übertrifft die bei anderen KBs. Die Entschädigungen würden aber vom VR und nicht von der Generalversammlung festgelegt, heisst es im Bericht des Staatsrats an den grossen Rat. (cp)

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig • NR. 219 / September 2011
Adressänderungen bitte melden bei:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis